

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

Nichtinbetriebnahme des Atomkraftwerks Stade

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert zu veranlassen, daß das z. Z. wegen Brennelementwechsels abgeschaltete Atomkraftwerk Stade nicht wieder in Betrieb genommen wird.

Bonn, den 31. März 1987

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung

Das Atomkraftwerk Stade – in unmittelbarer Nähe der Millionenstadt Hamburg gelegen – gefährdet Mensch und Umwelt in einem nicht zu verantwortenden Maße. Die Bedrohung, die jeder Atomreaktor für seine nähere und weitere Umgebung bedeutet, ist im Falle des Atomkraftwerkes Stade noch um vieles höher aufgrund seiner erheblichen Sicherheitsmängel. Diese sind bereits seit Jahren bekannt: Materialversprödung des Reaktordruckbehälters und unzureichende Zuverlässigkeit der Notstromversorgung.

Die Gefahr, daß ein nicht beherrschbares Leck im Druckbehälter auftritt, wird mit zunehmender Betriebszeit immer größer. Die fortschreitende Schwächung der Wanddicke und die zunehmende Sprödigkeit der Dampferzeugerheizrohre erhöhen permanent die Wahrscheinlichkeit, daß Lecks bei der Dampferzeugung eintreten, deren Beherrschbarkeit nicht mit ausreichender Sicherheit nachgewiesen werden können.

Wenn das Atomkraftwerk Stade mit Notstrom betrieben wird, muß die Nachwärme über die Sekundärseite abgeführt werden, bei der die Hauptwärmesenke nicht zur Verfügung steht. Die Energie muß dann über die Frischdampfventile an die Atmosphäre abgegeben werden. Damit wird der Notstromfall zu dem dominierenden Unfalltyp, der mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Kernschmelzunfall führt.

Die Informationspraxis in Niedersachsen beweist, wie gefährlich das Atomkraftwerk Stade auch von offiziellen Kreisen einge-

schätzt wird: Die Regierung verheimlicht Untersuchungsergebnisse und andere wissenschaftliche Erkenntnisse. Was über andere Kanäle an die Öffentlichkeit gelangt, ist durchwegs sehr beunruhigend. Aufgrund der genannten Umstände ist das Atomkraftwerk Stade eine permanente Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung. Für sie ist der Atomreaktor längst, was er auch für die Regierung endlich werden sollte: Ein Schrottreaktor, dessen Betreiben unverantwortlich ist.